

Ressort: Politik

Bundesregierung mahnt Einigung bei Friedensgesprächen in Libyen an

Berlin, 20.02.2015, 19:03 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat angesichts eines Bombenanschlags im Osten Libyens, bei dem am Freitag mindestens 25 Menschen ums Leben gekommen waren, eine Einigung bei den Friedensgesprächen im Land angemahnt. "Damit terroristische Gruppierungen in Libyen nicht weiter Raum gewinnen, müssen sich jetzt alle politischen Kräfte in die Friedensgespräche einbringen, um den blutigen Konflikt zu beenden", erklärte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes.

Es müsse eine Einigung auf eine Regierung der nationalen Einheit erzielt werden. "Dazu braucht es die Unterstützung auch der Nachbarstaaten für die Vermittlungsbemühungen des UN-Sondergesandten." Der Terroranschlag in der Stadt Qubbah war dem Auswärtigen Amt zufolge der schwerste Terrorangriff seit Beginn des Konflikts in Libyen. Eine Gruppe, die sich zu der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) rechnet, hatte sich zu dem Anschlag bekannt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-50147/bundesregierung-mahnt-einigung-bei-friedensgespraechen-in-libyen-an.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619